

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 40.

Charlottenburg, Freitag, den 7. Oktober 1921.

48. Jahrg.

Die Tarifverhandlungen gescheitert.

In Eisenach fanden in den Tagen vom 19. bis 23. September die Verhandlungen statt wegen Abschluß eines neuen Reichstarifes für die feinkeramische Industrie. Als Vertreter unseres Verbandes nahmen daran teil die Kollegen: Bartel (Eisenberg), Herzer (Flammenau), Kretschmann (Schmiedeberg), Christe (Margarethenhütte), Vertel (Golditz), Zander (Magdeburg), Genzel (Dreslau), Hillmer (Waldenburg), Sommerfeldt (Neuhaus b. Sbg.), Meinhardt (Kahla), Pleier (Lirschenreuth), Brandt (Wonn), Schierl (Weiden), Schuster (Sizendorf), Baumbach (Simbach), Kessler (Marktreuth), Stauch (Lettau), Möller (Gotha), Press und Netsch (Selb), Halter (Schramberg), Uhlmann (Dresden), Erdmann (Gräfenhöl). Außerdem waren beteiligt: die Gauleiter Hoffmann, Bredow, Jahn, Griesbach und Apel, vom Vorstand Wollmann, Herben, Karl, Brandt und Schneider. Außerdem waren anwesend je ein Vertreter des Verbandes der Transportarbeiter, der Metallarbeiter, der Maschinisten und Geizer, des Gewerbevereins der Fabrik- und Handarbeiter (F.-D.) und mehrere Vertreter des christlichen Verbandes.

In einer vorher stattgefundenen Besprechung mit den Teilnehmern an den Verhandlungen von Seiten unseres Verbandes waren die Abänderungen und Neuforderungen beschlossen worden, die von unserer Seite zum event. neuen Manteltarif und zum neuen Lohnabkommen gestellt werden sollten. Auf Grund dieser Beschlüsse war unsererseits der Entwurf eines neuen Manteltarifes und Lohnabkommens formuliert und den Arbeitgebern zugestellt worden. In einer gemeinsamen Beratung mit den Vertretern der übrigen am Vertrage beteiligten Verbände am 18. September wurden noch einige Zusätze beschlossen.

Die Gegenseite, der Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie, hatte auch seinerseits einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der die Änderungen und Neuforderungen von seiner Seite enthielt. Beide Entwürfe bildeten die Grundlage der gemeinsamen Verhandlungen. Weil es undenkbar ist, daß eine so weitläufige Materie vor einem so umfangreichen Gremium, wie es die beiderseitige Vertretung der Tarifkontrahenten war, einer detaillierten Beratung unterzogen werden kann, bestand Uebereinstimmung dahingehend, daß in Kommissionsberatungen der Boden für eine Verständigung gesucht werden müsse.

Es wurde vereinbart, zwei Kommissionen einzusetzen. Die eine Kommission sollte das Lohnabkommen beraten in Verbindung mit denjenigen Paragraphen des Manteltarifes, die mit der Lohnfrage zusammenhängen, die andere wurde mit der Beratung des Manteltarifes betraut.

Vorher wurde noch in einer besonderen Kommission der Versuch unternommen, zu prüfen, ob es möglich sei, die Lehrlingsfrage bereits bei den diesmaligen Tarifverhandlungen einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Das stellte sich als unmöglich heraus, weil dazu weitergehende Vorarbeiten erforderlich sind.

Die sogenannte Mantelkommission hat bei ihren Beratungen gar nichts erzielt. Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand wurden von den Arbeitervertretern abgelehnt; jede Verbesserung mit der gleichen Entschiedenheit von den Arbeitgebervertretern. Sofern es in der Lohnfrage zu einer Verständigung gekommen wäre, war vorgesehen, den bisherigen Mantelvertrag unverändert für $\frac{1}{2}$ Jahr zu verlängern.

Es ist nicht möglich, in diesem Artikel auf alle Einzelheiten einzugehen, die zu besprechen wären, wenn die von der Arbeitgeberseite geplanten Änderungen im Mantelvertrag hervorgehoben werden sollten. Auf einige der wichtigsten Punkte wollen wir hinweisen, um unseren Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, daß sie

auf der Hut sein und auch ihrerseits dazu beitragen müssen, daß Verschlechterungen nicht Platz greifen können.

So ist z. B. die Frage der Arbeitszeit für die Brenner eine von diesen wichtigen Fragen. Wir stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß auch für die Brenner die 48-Stundenwoche Geltung haben muß und auch kann. Wir müssen von den Betriebsinhabern und Betriebsleitern ernstlich verlangen, daß sie den Brennbetrieb so einzurichten verstehen, daß auch die Brenner nicht notwendig länger als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Im bisherigen Vertrag hieß es unter § 13: Brenner können aus technischer Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit grundsätzlich länger als 48 Stunden, jedoch in der Regel nur bis zur Höchstdauer von 60 Stunden in der Woche beschäftigt werden.

Was ist aus dieser Bestimmung gemacht worden in mehr wie einem Betriebe? Die 60stündige Arbeitswoche für Brenner ist Regel geworden, in vielen Fällen sind — wie eine Feststellung im Gau Schlesien ergeben — 70 bis 80 Stunden pro Woche gearbeitet worden. Um dem Mißbrauch zu begegnen, der mit dem § 13 des Vertrages bisher betrieben worden ist, hatten wir Streichung desselben verlangt. Die Arbeitgeber hatten nicht nur Beibehaltung, sondern Ausdehnung auf die Schmelzer verlangt. Wir meinen, daß es in erster Linie Aufgabe der Brenner selbst sein muß, in den Betrieben darauf hin zu wirken, daß wirklich nur in Ausnahmefällen, die sich nicht vermeiden lassen, über die 48-Stundenwoche hinausgegangen wird. Leider gibt es unter den Brennerkollegen noch eine ganze Anzahl, die zu leicht geneigt sind, Ueberstunden zu leisten wegen des geringen materiellen Vorteils, der damit verbunden ist. Daß die Nachteile bedeutend größer sind, vermag mancher von unseren Brennerkollegen nicht einzusehen. Hier muß die bessernde Hand von den Brennern selbst angelegt werden, das ist erstes Erfordernis.

Die Festsetzung der Akkordpreise (§ 27 des Vertrages) sollte auch eine Änderung erfahren, die eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand in sich schloß. Im Entwurf der Arbeitgeber wurde gesagt: Bei der Feststellung der Durchschnittsleistung und der Akkordpreise bleiben unbeachtet die Feststellungen, die sich auf Grund der nachweislichen Tatsachen ergeben, daß die volle Arbeitskraft nicht in Anwendung gebracht wird. Das heißt mit dürren Worten: die Höchstleistung als Durchschnittsleistung zu betrachten und zu bezahlen.

Sonstige Arbeiter und Arbeiterinnen, die Facharbeiter-Akkordarbeit leisten, sollen nach ihrer Anlernung nur einen Bruchteil vom Akkordpreis der Facharbeiter erhalten. Damit wäre der frühere Zustand der $\frac{2}{3}$, $\frac{5}{8}$, $\frac{1}{2}$ usw. Akkordlöhner wieder hergestellt worden.

Nachdem eine Verständigung nicht erzielt wurde, bezw. ein neuer Vertrag nicht zustande kam, wollen wir für heute uns damit begnügen, an den wenigen Beispielen unseren Mitgliedern gezeigt zu haben, in welcher Richtung sich die Wünsche der Arbeitgeber bei einer Neuregelung des Tarifvertrages bewegen.

In der Lohnfrage war neben unseren spezialisierten Forderungen auf Erhöhung der Blindelöhne und Akkordbasen noch gefordert worden: Beseitigung der 3. Ortsklasse, Versetzung einer Anzahl von Orten in höhere Ortsklassen; für die sogenannten Spitzenverdiener war eine besondere Forderung aufgestellt, daß auch diese nicht ganz leer ausgehen sollten. Ferner war das Fortbestehen der sozialen Zulage gefordert worden mit der Änderung, daß diese auch im besetzten Gebiet voll gezahlt werde.

In bezug auf die Leuerungszulage waren einmalige Beträge gefordert worden, und zwar

Für Beschäftigte über 24 Jahre alt . . .	600 Mf.
" " " 20-24 " " . . .	500 "
" " " 18-20 " " . . .	400 "
" " " 16-18 " " . . .	300 "
" " " bis 16 " " . . .	200 "

Wir bringen nachstehend eine Aufstellung, aus der zu ersehen, welche Lohnsätze von uns gefordert und welche als letztes Angebot von den Arbeitgebern bewilligt wurden:

Facharbeiter.

(Für die Lehrzeit siehe Anmerkungen * und **)

	Groß-Berlin		Klasse I		Klasse IIa		Klasse IIb	
	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Im ersten Jahre u. beend. Lehrz.	5,88	4,60	4,90	3,90	4,60	3,30	4,40	3,—
bis 20 Jahre	6,96	5,58	5,80	4,66	5,50	4,12	5,30	3,84
20-24 "	7,44	6,05	6,20	5,05	5,90	4,54	5,70	4,28
über 24 "	7,92	6,53	6,60	5,43	6,30	4,90	6,10	4,62
Akkordbasis . . .	9,90	8,15	8,25	6,80	7,87	6,12	7,62	5,77

* Forderung: Für Lehrlinge gelten die Lohnsätze der entsprechenden Altersklassen der sonstigen Arbeiter.

** Unternehmerangebot: Für Lehrlinge im ersten Lehrjahre keine Regelung, im zweiten die Lohnsätze der sonstigen Arbeiter von 15 bis 16 Jahren, im dritten und vierten die Lohnsätze der sonstigen Arbeiter von 16 bis 18 Jahren.

Sonstige Arbeiter.

	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bis 15 Jahre*	2,76	—	2,30	—	2,—	—	1,80	—
" 16 **	4,56	2,94	3,80	2,46	3,50	2,14	3,30	1,94
16-18 "	5,64	4,40	4,70	3,70	4,40	3,20	4,20	2,90
18-20 "	6,72	5,43	5,60	4,52	5,30	3,96	5,10	3,74
20-24 "	7,20	5,77	6,—	4,80	5,70	4,28	5,50	4,07
über 24 "	7,68	6,28	6,40	5,24	6,10	4,76	5,90	4,39
Akkordbasis . . .	9,60	7,86	8,—	6,55	7,63	5,94	7,38	5,50

* Bis 15 Jahre Lohnregelung abgelehnt.

** Arbeitgeberangebot galt von 15 Jahren an.

Facharbeiterinnen.

	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bis 15 Jahre*	2,28	—	1,90	—	1,60	—	1,40	—
" 16 **	3,72	2,28	3,10	1,90	2,80	1,62	2,60	1,56
16-18 "	4,92	3,41	4,10	2,85	3,80	2,42	3,60	2,32
18-20 "	5,52	4,20	4,60	3,48	4,30	3,03	4,10	2,94
über 20 "	6,12	4,57	5,10	3,81	4,80	3,39	4,60	3,32
Akkordbasis . . .	7,65	5,71	6,37	4,47	6,—	4,23	5,75	4,15

* Lohnregelung abgelehnt.

** Von 15 Jahren an.

Sonstige Arbeiterinnen.

	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber	Forderung	Letztes Angebot der Arbeitgeber
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bis 15 Jahre*	2,04	—	1,70	—	1,40	—	1,20	—
" 16 **	3,48	2,12	2,90	1,76	2,60	1,43	2,40	1,35
16-18 "	4,68	3,17	3,90	2,64	3,60	2,14	3,40	2,04
18-20 "	5,28	3,98	4,40	3,33	4,10	2,82	3,90	2,70
über 20 "	5,88	4,33	4,90	3,62	4,60	3,24	4,40	3,05
Akkordbasis . . .	7,35	5,42	6,12	4,52	5,75	4,08	5,50	3,83

* Lohnregelung abgelehnt.

** Von 15 Jahren an.

Dieses Lohnangebot lehnten die Vertreter der Arbeitnehmer ab, zumal die Arbeitgeber in allen anderen Fragen sich ablehnend verhielten.

Daraufhin gab eine Vertretung der Arbeitgeber weitere Erklärungen und Bedingungen bekannt, die aber als endgültig letztes Angebot erklärt wurden. Diese Bedingungen und Erklärungen waren folgende:

1. Der Mantelvertrag bleibt nach dem augenblicklichen Stand für ein weiteres halbes Jahr mit vierteljährlicher Kündigung bestehen. Es werden jedoch die Bestimmungen, die sich aus Art und Form des Lohnangebots notwendig machen, ergänzt bzw. neu eingefügt.
2. Die für September vorschussweise gezahlten Teuerungszulagen in der Höhe von 5 bzw. 10 Proz. werden um weitere 5 Proz. erhöht. Die Errechnung wird auf die gleiche Weise wie bei der Vorschusszahlung vorgenommen.
3. Die von der Arbeitgeberkommission unterbreitete Lohnabelle bleibt in allen Punkten bestehen. Für die in das Lohnabkommen neu aufgenommenen jugendlichen Arbeiter im Alter von 15 bis 16 Jahren gilt als besondere Akkordbasis, die um 25 Proz. höher ist als der Mindestlohn für diese Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Lohnabkommen für Lehrlinge festgesetzte Lohnregelung wird durch ein von den Vertragskontrahenten abzuschließendes Kollektivlehrlingsabkommen jederzeit aufgehoben.
4. Die Effektivverdienste müssen sich in allen Fällen bei Zeitlohnarbeitern und Zeitlohnarbeiterinnen um mindestens 20 Proz. und bei Akkordarbeitern und Akkordarbeiterinnen um mindestens 15 Prozent erhöhen.
5. Die Erhöhungen für das besetzte Gebiet sind um 5 Proz. geringer, mit Ausnahme der im Zeitlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

6. Die soziale Zulage für die Ehefrau bleibt in der bisherigen Höhe und Höhe bestehen. Die Kinderzulage wird um 75 Proz. erhöht.
7. Das Lohnabkommen gilt für die Zeitdauer von drei Monaten mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen.
8. Protokollarische Erklärungen: Die Festsetzung der neuen Akkordbasen und Mindestlöhne darf nicht zur neuen Errechnung der einzelnen Akkordpreise führen, vielmehr ist bei der Durchführung des Lohnabkommens folgendermaßen zu verfahren: 1. Für jede engere Arbeitergruppe, z. B. Tellerdreher oder Arbeiterinnen-Gruppe, z. B. Buntdruckerinnen, ist der gegenwärtige Durchschnittsverdienst der Gruppe pro Arbeitsstunde zu ermitteln. Der gefundene Wert ist mit der neuen Akkordbasis, bei Zeitlohnern mit dem neuen Mindestlohnsatz zu vergleichen und gegebenenfalls so zu erhöhen, daß er die neue Akkordbasis bzw. den neuen Mindestlohnsatz mindestens erreicht. 2. Liegt der Durchschnittsverdienst der Gruppe bereits über der neuen Akkordbasis bzw. dem Mindestlohnsatz, so tritt die Effektivloohnerhöhung ein, welche für Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen 15 Proz., für Zeitlohnarbeiter und Zeitlohnarbeiterinnen 20 Proz. beträgt. 3. Wo enge Arbeitergruppen nicht bestehen, gilt als Berechnungsgrundlage der Durchschnittsverdienst des einzelnen Arbeiters bzw. der einzelnen Arbeiterin.

Die gesamten Vertreter der Arbeitnehmer setzten sich hierauf noch einmal zusammen, um zu beraten, ob dieses letzte Angebot annehmbar sei. Das Ergebnis dieser Beratungen war die Ablehnung. Die Gründe wurden den Arbeitgebern schriftlich mitgeteilt wie folgt:

An den Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie z. S. des Herrn Dr. Vogel zurzeit Eisenach.

Auf das von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes der Arbeitnehmerseite unterbreitete Angebot teilen wir mit: Die Arbeitnehmer haben einstimmig das Angebot abgelehnt. Maßgebend für die ablehnende Entscheidung war:

1. Die in der Lohnabelle gebotenen ungenügenden Lohnsätze.
2. Die für die über den jetzigen Tarifmindestsätzen stehenden Löhne ungenügenden Aufbesserungen von 15 und 20 Prozent.
3. Die in den protokollarischen Erklärungen festgelegte Art der Lohnumstellung.
4. Das Verlangen auf Einführung besonderer Akkordbasen für Jugendliche unter 16 Jahren.
5. Die dem besetzten Gebiet zugedachte geringere Aufbesserung unter Beibehaltung der nur hälftigen sozialen Zulage für die Ehefrau.
6. Die Verweigerung einer Nachprüfung und Neuregelung der Ortsklasseneinteilung.
7. Der unzulängliche Teuerungsausgleich für die Zeit vor dem 1. Oktober.

Da die Herren Arbeitgebervertreter ihre Anerbieten mit dem Hinweis begleiteten, daß sie das Neueste darstellen, was uns geboten werden könne, haben wir die Hoffnung aufgeben müssen, in weiteren Verhandlungen die Herren Arbeitgeber zu uns annehmbaren Zugeständnissen bewegen zu können.

Für den Fall, daß wir uns in letzterer Auffassung irren, bitten wir, das in einer gefälligen Bestätigung des Empfangs dieser Schrift zum Ausdruck zu bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Georg Wollmann. Albin Karl.

Als Antwort überbrachten Vertreter der Arbeitgeber die Mitteilung, daß in der Tat von weiteren Zugeständnissen keine Rede sein könne. Damit waren die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten.

Die Mitglieder werden nun versuchen müssen, in den einzelnen Betrieben die Teuerungszulage sowie die Lohnfrage zu regeln. Vom 1. Oktober ab besteht eine tariflose Zeit, solange ein neuer Tarif nicht wieder zustande kommt, wozu momentan wenig Aussicht vorhanden ist. Die Arbeitgeber haben zwar das Arbeitsministerium als Vermittlungsinstanz angerufen; bei der gegebenen Sachlage läßt sich aber noch nicht erkennen, in welcher Form ein Ausweg gefunden werden könnte. Das uns in Eisenach gestellte Ultimatum ist abgelehnt, und könnten wir zu dessen Annahme auch nicht durch Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium bewegt werden.

Die Mitglieder haben also nunmehr freie Hand, sind nicht mehr durch Vertrag gebunden und können und müssen die Regelung ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses in jedem Betriebe selbst in die Hand nehmen. Wir müssen jedoch schon jetzt darum ersuchen, außer den Berichten an die Gauleiter und den Vorstand, auch die „Ameise“ nicht vergessen, zu informieren.

Der gerechtfertigte Marx.

Von Dr. Werner Peifer.

Unsere Zeit, die infolge ihrer wirtschaftlichen Nöte und seelischen Zerrissenheit das wissenschaftliche Denken verlernt hat, hat längst auf den Versuch verzichtet, geleistet, die großen Streitfragen, die die Vergangenheit bewegten, ihrer Lösung näher zu bringen. Ob Revisionismus oder Radikalismus, Alt- oder Neumarxismus, Entwicklungslehre oder Gewalttheorie — das beschäp-

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zur Steuerdebatte. — Der Vorschlag der Industrie in der Steuerfrage. — Der englische Außenhandel. — Einkaufsvereinigung amerikanischer Warenhäuser. — Das Zuder Syndikat. — Steigende Preise der Baumwolle.

Seit Wochen befinden wir uns in einer Steuerdebatte, die beherrscht wird von der Forderung, den Besitz mehr zu den Leistungen heranzuziehen. Das Steuerprogramm, das die Regierung vorgelegt hat, sieht ein starkes Hinausschrauben der indirekten Abgaben vor und demgegenüber recht ungleiche Belastung des Besitzes. Die sozialdemokratische Partei hat in der Steuerfrage keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie der Meinung ist, daß auf dem bisherigen Wege der Schaffung neuer und der Erhöhung alter Steuern unsere Finanzverhältnisse nicht in Ordnung gebracht werden. Deren Ordnung aber ist die Voraussetzung für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung und für die Festigung der inneren politischen Lage. Die Partei hat sich deshalb stark engagiert für die Vorschläge zu einem direkten Zugriff in den Besitz, um aus den dem Staat übertragenen Werten Mittel flüssig zu machen, die die Möglichkeit bieten, uns aus der elenden Finanzklemme herauszuhelfen. Kurz dargelegt, gehen diese Absichten darauf hinaus, einen Anteil zu gewinnen am Grundbesitz und an der Industrie. Der Zweck dieser Beteiligung soll sein, sich am Gewinn der kapitalistischen Unternehmungen einen Anspruch zu sichern, wie er in der Besteuerung nicht so einwandfrei erfasst werden konnte. Gegen diesen Vorschlag ist in kapitalistischen Interessentkreisen ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen; man sprach von einer Konfiszierung des Vermögens und von einer Sozialisierung, und die Landwirtschaft und die Industrie setzten sich dagegen sehr energisch zur Wehr. Mittlerweile ist unsere Finanzlage immer trostloser geworden. Der sinkende Wert unserer Zahlungsmittel läßt eine Möglichkeit, auf dem bisher beschrittenen Wege der Steuergesetzgebung zur Ordnung zu kommen, immer aussichtsloser erscheinen, so daß die Idee, in die privaten Besitzwerte einzugreifen, immer mehr Anhänger gefunden hat. Dazu kommt der durch die sozialistischen Parteien im Parlament ausgeübte Einfluß der Arbeiterklasse.

Als eine Konzession an unsere Forderung wird es nun betrachtet, daß sich der Reichsverband der deutschen Industrie in einer Besprechung mit dem Reichskanzler bereit erklärt hat, der Regierung in größerem Umfange ausländische Zahlungsmittel, die insbesondere zur Erledigung der Reparationsleistungen verwendet werden sollen, zur Verfügung zu stellen. Der Aufbringung der Mittel sollen die Kredite privater Unternehmungen dienstbar gemacht werden. Das Anerbieten hat für den ersten Augenblick etwas Bestechendes, entfernt sich aber weit von dem Vorschlag, in die Besitzverhältnisse direkt einzugreifen. Die Industrie bietet der Reichsregierung eine besondere Zuwendung an, jedoch will man diese Leistungen für die Folgezeit angerechnet haben auf die Besitzsteuern. Sieht man ganz davon ab, welche Schwierigkeiten sich bei der Verwirklichung des Planes herausstellen werden, so ergibt sich für uns, daß die Industrie sich mit diesem Anerbieten loskaufen will von einer staatlichen Beteiligung an ihrem Gewinn und der Herausgabe irgendwelcher Besitzgüter.

Das sind von unserem Standpunkt aus zwei sehr bedeutsame Unterschiede gegenüber unseren Forderungen, die uns diesen Plan nicht empfehlenswert erscheinen lassen. Grundsätzlich müssen wir verlangen, durch den Besitzanteil des Reiches eine sichere Grundlage zu finden für die steuerliche Belastung des Besitzes, und nicht minder bedeutsam ist, daß wir bei dem Riesenanwachsen der kapitalistischen Unternehmungen durch die Beteiligung des Reiches an ihnen einen gewissen Einfluß auf sie ausüben können. Davon ist bei dem Plan der Industriellen nicht mehr die Rede, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie eine gewisse Sicherheit verlangen gegen eine weitere Besteuerung des Besitzes.

Von Bedeutung wird die Höhe der zur Verfügung zu stellenden Summe sein. Es wurde von zwei Milliarden Dollar gesprochen. Mit einem solchen Betrag ließe sich zur Erledigung unserer Reparationspflichten für das nächste Jahr schon etwas anfangen. Im Wert gemindert würde das Anerbieten, wenn das Angebot unter diesem Betrag bliebe. Der augenblickliche Vorteil soll nicht bekannt werden, der der Finanzverwaltung geboten wird, weil bei einem so hohen Betrag in ausländischer Währung die Beschaffung der Devisen nicht mehr die alte große Sorge bereiten würde und eine günstige Rückwirkung auf dem Devisenmarkt unzweifelhaft eintreten müßte. Indessen für die sozialdemokratische Partei liegt kein Anlaß vor, grundsätzlich von ihrer Auffassung abzugehen, daß durch die Beteiligung des Staates am Besitz die dingliche Sicherheit geschaffen wird, ausländische Kredite durch die deutsche Finanzverwaltung zu erlangen. Das ist die Grundlage, auf der die Gesundung unserer Finanzwirtschaft aufgebaut werden kann. Sie allein bietet Sicherheit dagegen, am Ende doch nur wieder eine Teillösung unserer finanziellen Schwierigkeiten zu erlangen.

ligt heute weit weniger als die Untersuchung von Demokratie und Diktatur, Kommunismus und Sozialismus, Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus. Die Bedeutung all dieser Fragen sei nicht unterschätzt; aber ihnen allen fehlt die einheitliche Grundtendenz, die die früheren wissenschaftlichen Probleme miteinander verband, und wenn man die wissenschaftliche Forschung der Gegenwart — falls man ihren Methoden überhaupt noch den Namen wissenschaftliche Forschung zuerkennen will — auf einen Generalnennen bringen will, so müßte er lauten: Die Lattit habe das Prinzip verdrängt.

Und doch hätten wir gerade alle Ursache, aus Vergleichen mit unseren wissenschaftlichen Vorgängern Erkenntnisse für die Gegenwart zu ziehen. Der tausendmal totgesagte Marx lebt weiter, während nur die wenigsten Namen seiner Kritiker einer wenig neugierigen Nachwelt überliefert werden. Es ist nicht immer ganz leicht, die Ergebnisse der Forschung einer bestimmten Zeit auf eine spätere Periode zu übertragen, in der naturgemäß nicht die gleichen Voraussetzungen vorhanden sind wie in jener Zeit. Man muß sich in solchen Fällen damit begnügen, die Forschungsmethoden zu erkennen, nach denen jene Denker gearbeitet haben, um an ihrer Hand weiter zu bauen. Und gerade das Marxsche Lebenswerk ist in erster Linie dazu geeignet, dieser Forderung Genüge zu tun. Hier berührt es sich mit den Schöpfungen eines Kant: beide wollen keine Systeme geben; Kant kein philosophisches, Marx kein ökonomisches. Kant will lehren, wie man philosophiert; Marx, wie man die Wirtschaft studiert.

Es kommt für die Bedeutung einer wissenschaftlichen Arbeit nicht darauf an, daß sie in jeder ihrer Einzelheiten auf eine spätere Zeit unverändert übertragen werden kann. Dies würde nicht für das Werk, wohl aber gegen die Nachfolger sprechen, deren Fortschrittsfeindlichkeit damit unverkennbar charakterisiert wäre. Es genügt, Grundprinzipien zu übernehmen und an Hand der einmal aufgestellten Forschungsmethoden neue Ergebnisse zu zeitigen.

Im Ueberwachungsausschuß der Reichsregierung erklärte kürzlich bekanntlich der Reichskanzler Dr. Wirth, es sei zwar falsch, von der scharfen Klassenscheidung Bürgertum—Arbeiterchaft zu sprechen; wenn es aber dazu käme, so würde er seinen Platz auf Seiten der Arbeiterchaft einnehmen. Es kommt in diesem Zusammenhange nicht darauf an, auf die fundamentale Bedeutung dieser Worte des Kanzlers, der dem Zentrum angehört, hinzuweisen, entscheidend ist allein, daß hier zum erstenmal von bürgerlicher Seite die Wichtigkeit des von Marx verkündeten Klassenkampfprinzips in der kapitalistischen Gesellschaft anerkannt wurde. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Gegensätze bedingt nach Marx eine Verschärfung der Klassengegensätze, die schließlich zu einer Auseinandersetzung der beiden großen Klassen führen muß. Gerade die Gegenwart, die durch ständige Wirtschaftskämpfe die Lage der Arbeiterklasse zu heben oder doch zum mindesten ihre fortschreitende Verelendung zu hemmen sucht, zeigt einen in der Geschichte der Arbeiterbewegung unerhörten Schwung und ein geistiges Leben, das durch zeitweilige Ermattungserscheinungen nicht dauernd beeinflusst zu werden vermag.

In ähnlicher Weise — nur noch uneingeschränkter — feiert der Marxismus, unter dem die Lehre Engels selbstverständlich immer mit einbegriffen ist, glänzende Triumphe. Noch fehlt es an einer völlig umfassenden Wirtschaftsstatistik, die die Konzentrationsercheinungen im einzelnen wie im ganzen einwandfrei feststellt. Soviel ist aber auch dem Laien klar, daß die Konzentration des Kapitals seit 1914 geradezu ungeheuerliche Fortschritte gemacht hat. Die Zusammenlegung von Werften, die Vereinigung großer Brauereien, die Verschmelzung von Banken, die Konzentration von Kunstunternehmungen in einer Hand — das alles sind Erscheinungen, an denen der praktische wie der theoretische Wirtschaftspolitiker nicht, ohne sie in der stärksten Weise zu beachten, vorübergeht. Der Kapitalismus der Gegenwart feiert Orgien, und für die Arbeiterklasse ist das einzig befriedigende Moment die Tatsache, daß der Kapitalismus sein eigener Totengräber ist. Die Akkumulation des Kapitals macht rasende Fortschritte, und nur durch gewaltige Anstrengung und ständige Beachtung der wirtschaftlichen Vorgänge kann sich das Proletariat vor weiterer Verelendung schützen. Auch die Akkumulationstheorie von Karl Marx ist glänzend gerechtfertigt.

Der Reichskanzler hat die Tatsache des Klassenkampfes konstatiert; die Arbeiterchaft begrüßt die beginnende Erkenntnis des Bürgertums mit Genugtuung. Sie wird den Klassenkampf weiter führen, und auf die ängstliche Frage des Bürgertums: mit welchen Mitteln? wird sie antworten: mit den Mitteln, die man uns aufzwingt. Ob der Klassenkampf in blutigen Bürgerkrieg umschlagen wird, hängt nicht vom Proletariat allein ab, sondern zugleich von seinen Feinden. Das Ziel wird verfolgt werden, ob sich das Bürgertum so oder so hierzu verhält. Der Vormarsch zum Ziel und seine endgültige Erreichung wird die immer klarer hervortretende Rechtfertigung der Marxschen Geistesart sein.

Die Konzentration des Kapitals in großen Unternehmungen macht in allen Industriestaaten gewaltige Fortschritte. Wie berichtet wird, haben sich 20 große amerikanische Waarenhäuser zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Einkauf im Ausland herbeizuführen. Sie haben bereits Einkaufshäuser in London und Paris und sind nun dazu übergegangen, auch in Berlin eine gleiche Einrichtung zu treffen. Es handelt sich um Geschäftsunternehmen, die einen Jahresumsatz von 250 bis 300 Millionen Dollar haben, mithin als Käufer auf dem hiesigen Markt von großer Bedeutung sind. Bei dieser Organisation zeigt sich zugleich, wie die Tendenz dahin geht, den Großhandel zurückzudrängen, eine Beobachtung, die wir auch in den deutschen Konzernen machen können, die immer mehr, trotz aller Klagen und Beschwerden, den Großhandel ausschalten und direkte Verbindung mit den Abnehmern suchen. Kommen wir zu einer Erhöhung der Umsatzsteuer, woran nicht zu zweifeln ist, so wird diese Entwicklung weitere Fortschritte machen. Man schaltet die Zwischenkäufer des Handels aus; volkswirtschaftlich ein Vorgang, der nur zu begrüßen ist, aber es wächst die Macht der Großunternehmungen.

Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Zuckers hat zur Folge gehabt, daß sich die Raffinerien und Rohzuckerfabriken zusammengeschlossen haben, um durch eine Syndikatsbildung ihre Interessen zu vertreten. Die Zunahme der Zuckerverzeugung wird in diesem Jahre auf 5 Millionen Zentner berechnet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei dem sehr hohen Preis für Zucker der Inlandskonsum stark gedrückt wird und bereits in diesem Jahre Mengen zur Ausfuhr kommen. Man nimmt an, daß im nächsten Jahre unter der vollständig freien Wirtschaft die Produktion sich so heben wird, daß man bestimmt mit einer Ausfuhr rechnen kann.

Die allgemeine Krise auf dem Weltmarkt ist in der englischen Handelsstatistik für den Monat August deutlich zu erkennen. Die Ausfuhr bezifferte sich in diesem Monat auf 51 Millionen Pfund Sterling. Sie bedeutet im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres einen Rückgang von 63 Millionen Pfund Sterling. Die Einfuhr ist bei demselben Vergleich um 65 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen und erreichte insgesamt 88 Millionen Pfund Sterling im August d. J. Allerdings ist bei dem Vergleich dieser Zahlen zu beachten, daß die Preise für alle Waren stark zurückgegangen sind.

Im Markt für Baumwolle, der bis vor einigen Monaten unter einem sehr starken Preisdruck stand, ist nunmehr eine Wendung eingetreten. Nach den Berichten des amerikanischen Ackerbaudepartements ist in diesem Jahre der Anbau von Baumwolle auf die Hälfte herabgegangen, und der Gesamternteertrag soll um 48 v. H. hinter der Ernte von 1920 zurückbleiben. Die Preise für Baumwolle sind infolgedessen in New York von 13 Cents pro Kilo bereits auf 18 Cents gestiegen und man rechnet mit einer weiteren Aufwärtsbewegung bis zu 25 Cents. Da aus der vorjährigen Ernte noch eine unverkaufte Menge von 100 Millionen Ballen Baumwolle zur Verfügung steht, so wird diese Preisänderung allein für die alten Bestände einen Aufschlag von 250 Millionen Dollar zur Folge haben. Eingerechnet mit der vorhandenen Ernte ergibt sich ein höherer Erlös in diesem Jahre, als die sehr reichliche Ernte im vorigen Jahre einbrachte. Für die Interessenten des Baumwollenanbaues steigender Gewinn, für die Verbraucher die üble Aussicht, daß alle Baumwollentwaren verteuert werden. An der Bremer Baumwollbörse waren die Preise im März für das Kilo Rohbaumwolle auf 18,75 Mk. gesunken; heute ist man bereits wieder auf 49,20 Mk. hinaufgelangt. Eine Preissteigerung im Ausland setzt sich bei uns in den Betrag um, der durch den sinkenden Wert der Mark in Berechnung kommt, deshalb die größere Differenz zu den Auslandsnotierungen. Das Beispiel zeigt zugleich, wie abhängig wir in der Preisentwicklung des Inlandmarktes von der Gestaltung unserer Valuta sind und wie wenig die Anlehnung an die Weltmarktpreise für unsere Innenwirtschaft vom Vorteil war.

Zusammenbruch und Revolution.

Goeben ist im *Mericae der Freiheit*, Berlin, eine neue Schrift von Karl Kautsky: *Von der Demokratie zur Staatsklaverei, eine Auseinandersetzung mit Trotski* (Preis 12 Mk., 128 Seiten) erschienen. In dieser Schrift erörtert Kautsky auch die Möglichkeiten des Sturzes des Kapitalismus und die Erreichung der sozialistischen Macht durch das Proletariat. Was er da über die inzwischen bereits wieder fallengelassene Theorie der Kommunisten — siehe die Vorschläge der KPD zu den Steuern und Staatsrenten in Nr. 379 der *Roten Fahne* — über den Zusammenbruch des Kapitalismus sagt, ist von größter Bedeutung. Wir drucken deshalb nachfolgend die darauf bezügliche Stelle der Schrift mit Erlaubnis des Verlages ab

Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise ganz eigener Art. Er führt nicht, wie Feudalismus und Sklaverei, zum Verkümmern der Produktivkräfte, sondern zu ihrer kräftigsten Entfaltung. Er muß also in ganz anderer Weise ein Ende nehmen als die alten Gesellschaften der Sklaverei und Fronarbeit.

Ich habe stets die Ansicht bekämpft — unter anderem in meiner Schrift gegen meinen Freund Bernstein 1899 — daß der Sozialismus aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus hervorgehen werde. Ich erklärte damals diese Auffassung als eine Uebertreibung Marxscher Gedankengänge zu Zwecken revisionistischer Kritik. Ich ahnte nicht, daß das, was ich als Bernsteinsches Mißverständnis Marxscher Gedankengänge betrachtete, einmal einen bolschewistischen Glaubensartikel darstellen werde.

Ich hielt es für möglich, daß die Ausdehnung des Kapitalismus schließlich ein Hindernis insofern finden könne, daß der Markt sich nicht so rasch ausdehne wie die Produktivkräfte, was zu chronischer Ueberproduktion oder zu der Einengung der Produktion durch Kartelle führen könne. Ich bin seitdem in bezug auf die Ausdehnungsfähigkeit des Marktes durch Beobachtungen und theoretische Arbeiten optimistischer geworden. Aber auch damals erwartete ich das Kommen des Sozialismus nicht von der chronischen Ueberproduktion und schon gar nicht von einer der ihr vorhergehenden Krisen, die dem kapitalistischen Krisenzyklus eigentümlich sind, sondern von der Verschärfung der Klassengegenstände und dem Wachsen des Proletariats an Kraft, also, um mit Marx zu sprechen, von der

„Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (Kapital, I. Volktausgabe, S. 690).

Der Slave und der Leibeigene vermochten sich unter Umständen auch zu empören, aber sie waren unfähig zu einem dauernden, organisierten Klassenkampf, der ihre Fähigkeiten höher entwickelt hätte. Und wäre es ihnen gelungen, einmal irgendwo die Macht zu gewinnen, hätten sie nichts anderes damit anzufangen gewußt, als sich selbst in freie besitzende Arbeiter zurückzuverwandeln, den Zustand wieder herzustellen, aus dem sie hervorgegangen waren. Sie zeigten sich unfähig, die Gesellschaft höher zu entwickeln.

Das vermag nur die Lohnarbeiterschaft, und nur sie findet in den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Zeit den Antrieb wie die Möglichkeit dazu.

Weil wir aber von der Kraft des Proletariats und nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus den Sozialismus zu erwarten haben, ist es ganz töricht, wenn heute viele Revolutionäre glauben, wir hätten nichts Wichtigeres zu tun, als die nach dem Kriege beginnende Wiederbelebung des Produktionsprozesses zu stören und die Krisis zu verschärfen, denn um den Sozialismus sei es geschehen, wenn der Kapitalismus sich wieder befestige.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nie ist das Proletariat ökonomisch schwächer, weniger kampffähig, als in Zeiten der Krisis. Nie macht es rascher Fortschritte und zeigt es sich entschlossener und kampflustiger, als in Zeiten der Prosperität. Und die ökonomische Situation wirkt auf die politische zurück.

Ich weiß mich zu erinnern, daß es einmal tiefen Eindruck auf mich machte, als Engels mir, ich glaube, es war 1886, sagte:

„So lange die Krisis dauert, werden wir das Sozialistengesetz schwerlich los. Daß aber erst wieder einmal die Geschäfte besser gehen, und der deutsche Arbeiter läßt sich das Sozialistengesetz nicht länger gefallen.“

Das überraschte mich, denn ich, wie wohl die meisten von uns, hatte erwartet, gerade das Elend der Krise müsse die Arbeiter am rebellischsten machen. Aber Engels behielt recht.

Wir dürfen nie vergessen, daß, so wie die kapitalistische Produktionsweise nicht etwa eine besondere Abart des Feudalismus, sondern von diesem grundverschieden ist, so auch am Ende des Kapitalismus ganz anderer Art sein wird als das des Feudalismus.

Die bürgerlichen Revolutionen entsprangen aus Hungerrevolten verzweifelnder Massen. Die revolutionäre Bedeutung der Lohnarbeit für den Sozialismus besteht in ihrem Aufsteigen aus dem Stadium der Verzweiflung in das Stadium der Kraft. Nicht aus ihrer Verzweiflung, aus ihrer Kraft wird die Ueberwindung des Kapitalismus und der Fortschritt zum Sozialismus kommen. Diese Kraft ist bei gutem Fortgang der Produktion größer als bei ihrem Stoden und Versagen.

Aus unserem Beruf.

Fraureuth. Die Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., erhöht ihr Aktienkapital um 1 Million Mark auf 6 750 000 M. Es ist eine Erweiterung der Fabrikationseinrichtungen, event. auch der Erwerb einer weiteren Porzellanfabrik geplant. Für das laufende Geschäftsjahr ist mit einer Verdoppelung des vorjährigen Umsatzes zu rechnen.

Greußen. In Nr. 37 der „Ameise“ wurde der Massenbericht für 1920 veröffentlicht. Auf der zweiten Seite wird Klage erhoben über angeblich zu wenig bezahlte Beiträge. U. a. ist Greußen genannt mit der Bemerkung, daß es doch nicht gut möglich sei, daß ein Arbeiter im vorigen Jahre wöchentlich weniger als 150 M. verdient hätte. Es ist wirklich bedauerlich, daß der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes nicht besser in die Verhältnisse eingeweiht ist, da er doch selbst die Verhandlungen geführt hat, wo unsere jämmerlichen Löhne festgesetzt worden sind. Denn wir hatten gerade im vorigen Jahre Löhne von 82,64 bis 118 M., was die Lohnbücher der Firma Carstens nachweisen können. Wandten wir uns an die Gauleitung, dann hatten die Herrschaften keine Zeit. Aber es ist im Leben so, bezahlt nur genug Beiträge, damit die Herren Beamten ein auskömmliches Gehalt beziehen, alles andere ist Nebensache.

Wir haben es deutlich genug erlebt im letzten Termin in Charlottenburg, wo unserem Vorsitzenden, Kollegen Surber, schon vor Beginn des Termins gesagt wurde, heute fällt Ihr hinten runter. Wir arbeiten heute noch für 190 M., nachdem Steuern und Krankengeld abgezogen sind. Mit den kürzlich bewilligten 10 Proz. Aufschlag ist uns absolut nicht geholfen, und wir verlangen, bei den jetzigen Tarifverhandlungen etwas besser auf dem Posten zu sein, damit für alle Kollegen etwas ordentliches ans Tageslicht kommt.

Anmerkung des Schriftleiters: Unsere Kollegen in Greußen haben nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen in Eisenach freie Hand. Nunmehr können sie beweisen, was sie besser machen können, und zwar nur für sich allein. Im übrigen wäre nach meiner Auffassung die Sache damit zu erledigen gewesen, daß die Kollegen erklärten, tatsächlich unter 150 M. pro Woche verdient zu haben. Ihre weiteren Bemerkungen sind leider nur zu sehr geeignet, sie selbst mehr zu kennzeichnen, als die von ihnen angegriffenen „Herren Beamten“.

Grünstadt-Neuleiningen. Zum Konferenzbericht der süddeutschen Zahlstellen in Nr. 37 der „Ameise“ wird uns geschrieben: „Der Berichterstatter scheint sich nicht genau informiert zu haben, wer zu seinem Gau gehört. Grünstadt gehört zum Gau Rheinland-Westfalen, nicht zu den süddeutschen Zahlstellen ohne Gauleitung. Wir haben auch keine Einladung von einer süddeutschen Zahlstelle erhalten zur Konferenz in Karlsruhe. Grünstadt-Neuleiningen hatte am gleichen Tage, als die Konferenz in Karlsruhe tagte, einen Vertreter nach Köln entsandt, woselbst unser Gauvertreter Zahn anwesend war.“

(Mit dieser Feststellung dürfte die Angelegenheit erledigt sein. Die Red.)

Kronach. In Nr. 38 der „Ameise“ ist in einer Notiz aus Sorau zu lesen, daß der frühere Brennhausarbeiter und jetzige Oberbrenner Fröber bei der Aussperrung in Sorau Dreher aus Kronach zur Streikarbeit herbeiholen wollte.

Wer diese Notiz liest, soll nicht etwa annehmen, daß in Kronach die Dreher nur darauf warten und ihre Aufgabe nur darin erblicken, irgendwo Streikarbeit zu leisten. Deshalb sieht sich das unterzeichnete Personal (denn nur dieses kann in Frage kommen, da die anderen Fabriken in Kronach nur Isolatoren fabrizieren) veranlaßt, folgendes zu erklären:

1. daß die Sorauer Kollegen ganz unbesorgt sein können, daß vielleicht Fröber auch nur einen einzigen Dreher nach dort locken könnte;

2. daß die Dreher in Kronach ganz genau wissen, daß es schuftig wäre, anderen Kollegen in den Rücken zu fallen und

3. daß, wenn Fröber als Oberbrenner noch nichts weiter gelernt hat, als eventuell Streikbrecher heranzuholen, wir ihn nicht einmal mehr bedauern können, sondern nur noch die „gebührende Achtung“ für ihn übrig haben.

Das Dreherpersonal der Firma Rosenthal in Kronach.

Aus Oberfranken. An der Volkshochschule in Hof a. d. Saale wird ein Kursus über Keramik und Porzellanindustrie (mit Führungen) eingerichtet.

Schramberg. Die Zahlstelle Schramberg feierte am 3. September ihr 50jähriges Stiftungsfest in dem festlich geschmückten „Lamm“-Saale. Zur großen Freude konnte eine große Anzahl Kollegen der Zahlstellen Hornberg, Zell a. S. und St. Georgen begrüßt werden. Die Zahlstelle Schramberg ließ es sich nicht nehmen, den beiden Gründern der Zahlstelle einen Ehrenplatz zu verleihen. Theodor Winter und Gramshammer sahen aus dem

Nahmen auf die festlich versammelten Mitglieder und Gäste hernieder, mahnend an den Spruch: „Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an“. Der Vorsitzende, Kollege Halter, eröffnete die Feier mit herzlichen Willkommensworten. Musik und Gesang trugen dazu bei, den Abend so zu gestalten, wie es einer solchen Feier gebührt. Insbesondere sei hervorgehoben der Arbeiter-Gesangverein „Sängerlust“, der mit seiner in stattlicher Zahl erschienenen Sängern gab, was er geben konnte und allgemeine Anerkennung fand. Aber auch an Mednern fehlte es nicht. Kollege Halter gab als Vorsitzender einen Rückblick auf die 50 Jahre Verbandstätigkeit. Zum Schluß mahnte er zu weiterer Einigkeit und Geschlossenheit. Kollege Mante brachte die Glückwünsche des ADGB, Ortsgruppe Schramberg, dar. Er gedachte der Mitarbeit der Porzellanarbeiterorganisation an der Gründung und Entwicklung der 1893 gegründeten Zahlstellen der Metallarbeiter und Holzarbeiter. Im Namen der Zahlstelle Zell a. S. sprach Vorsitzender Herrmann für deren Mitglieder als Tochterzahlstelle. In warmen Worten gedachte auch er der beiden Gründer Winter und Gramshammer. Dieselben Männer sind es, die im Jahre 1883 auch die Zeller Zahlstelle ins Leben gerufen haben. Seine Schlussworte klangen aus in dem Ruf nach Einigkeit, um auch das Endziel, den Sozialismus, zu erreichen. Hiernach verlas Kollege Halter einige Telegramme von auswärtigen Kollegen und Zahlstellen, sowie auch eins von der Direktion der hiesigen Majolikafabrik, das deren Glückwünsche darbrachte. Im Namen der Hornberger Kollegen sprach Kollege Wälde beherzigende Worte. Es war nun auch die Stunde für das jüngere Volk herangerückt, die Stunde des Tänzchens, dem das Auge des Gesehes etwas zu früh ein Ende machte. Die Zahlstelle kann mit Stolz auf ihre Feier zurückblicken. Möge die Feier dazu beigetragen haben, die Kolleginnen und Kollegen zu einem noch festeren Band zusammenzubringen. Möge sie aber auch beschämend auf die paar Einzelnen gewirkt haben, die noch nicht wissen, was sie sind und wo sie hingehören.

Selb. Die Porzellanfabr. Ph. Rosenthal & Co. beabsichtigt, ihr Stammkapital von 6 auf 9 Millionen Mark zu erhöhen. Ferner ist geplant, die Porzellanfabrik C. Krister, A.-G. in Waldenburg i. Schles. dem Rosenthal-Konzern anzugliedern, bezw. die Aktien dieser Firma (3 Millionen Mark) zu erwerben.

Tirschenreuth. Die Porzellanfabrik Tirschenreuth, A.-G., erhöht ihr Aktienkapital von 2,5 auf 5 Mill. M. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 100 Proz. begeben. — Aus diesen Berichten ziehen wir den Schluß, daß die Porzellanindustrie sehr wohl in der Lage ist, die von den Arbeitern geforderten Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen zu gewähren.

Erhöhung der Verkaufspreise für PorzellanGeschirr. In einem Rundschreiben an seine Abnehmer gibt der Verband Deutscher PorzellanGeschirrfabriken bekannt:

„Nachdem wir seit dem 5. April 1920 trotz andauernder Steigerungen aller Löhne und sonstiger Produktionskosten eine Erhöhung der Inlandspreise nicht vorgenommen hatten, um unserem Grundsatz, eine möglichst stabile Preispolitik durchzuführen, treu zu bleiben, zwingen uns die Verhältnisse gebieterisch, diese Preispolitik zu verlassen.“

Wären nur die nachgerade unerträglichen Produktionskosten in Betracht zu ziehen, so wäre es uns vielleicht möglich gewesen, eine kurze Spanne mit einer Preiserhöhung zu warten. Es ist jedoch der Auslandsmarkt, auf dem wir bisher immer einen Ausgleich gesucht und gefunden haben, in den letzten Monaten immer weniger aufnahmefähig geworden, und wir haben uns gezwungen gesehen, nach dem Auslande erhebliche Preisreduktionen vorzunehmen.

Damit fällt der wichtigste Ausgleich, den wir für das wenig oder gar nicht ergiebige Inlandsgeschäft haben, weg, und wir sehen uns, wie oben schon gesagt, genötigt, mit sofortiger Wirkung eine Erhöhung der Inlandspreise durchzuführen.

Wir haben diese Erhöhung nicht vorgenommen, ohne uns vorher mit der in einem Vertragsverhältnis zu uns stehenden Händlererschaft zu beraten. Nach diesen Beratungen haben wir uns, wenn auch nicht ohne schwere Bedenken, entschlossen, den unbedingt nötigen Aufschlag auf 20 Proz. zu beschränken und wir werden deshalb vom heutigen Tage ab den seitherigen achtfachen Grundpreis mit 50 Proz. Verbandsaufschlag und 50 Proz. Extraaufschlag in Anrechnung bringen.

Wir nehmen an, daß, wenn Sie bis zum 25. d. M. die Verbandsfabriken, bei denen Sie Orders plazierten, nicht gegenteilig benachrichtigen, Sie diese Orders auch zu den neuen Preisen dadurch bestätigt haben.

Indem wir annehmen, daß durch die bescheidene, aus absoluter Notwendigkeit kommende Erhöhung das deutsche Geschäft keine Beunruhigung erfahren möge, zeichnen

Hochachtungsvoll

Verband Deutscher PorzellanGeschirrfabriken G. m. b. H.“

Die Außenhandelsnebenstelle Feinkeramik zur Devisenbeschaffung.

Die Außenhandelsnebenstelle Feinkeramik hat in ihrer Hauptauschussitzung vom 14. September 1921 in Berlin einstimmig den Beschluß gefaßt, daß in Zukunft als Bedingung für die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen dem Antragsteller die Verpflichtung auferlegt wird, binnen einer noch festzusetzenden Frist 50 Proz. des Gesamtwertes der erteilten Ausfuhrbewilligungen in nichtvalutarischen Devisen an die Reichsbank oder die von dieser bezeichneten Stellen abzuführen. Sollte eine Firma nicht in der Lage sein, in diesem Umfange tatsächlich in ausländischen Zahlungsmitteln die Regulierung durchzusetzen, so hat sie dies im Beanstandungsfalle sowohl der Reichsbank als auch der Außenhandelsnebenstelle Feinkeramik glaubhaft zu machen. Die Außenhandelsnebenstelle wird ihrerseits der Reichsbank laufend Nachweisungen über die den einzelnen Firmen erteilten Ausfuhrbewilligungen erstellen.

Konferenz des Gaues Rheinland-Westfalen. Am Sonntag, den 28. August, fand in Köln eine Gaufonferenz für Rheinland, Westfalen, Hessen, Hessen-Nassau und Rheinpfalz statt. Anwesend waren 26 Vertreter von 12 Zahlstellen. Gauleiter Kollege Zahn eröffnete dieselbe, begrüßte die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz zum Nutzen aller Kollegen arbeiten möge. Als Vorsitzender wurde Kollege Uebel, als Schriftführer Kollege Ohlenforst bestimmt, beide aus Köln. Kollege Uebel gab nun die Tagesordnung bekannt wie folgt: 1. Die Teuerung im Westen und Bericht über die Verhandlungen; 2. Reichstarif oder Bezirkslohnabkommen; 3. Tariffragen im allgemeinen; 4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 referierte Kollege Zahn. Er ging des näheren auf die letzte Preissteigerung ein, bemerkte aber, daß die Kollegen wohl am besten wissen, wie groß die Teuerung sei. Um einen Ausgleich zu schaffen, hätten mit den Arbeitgebern schon Verhandlungen stattgefunden. Allerhand Ausreden sollten dazu dienen, uns bis zum nächsten Tarifabschluß hinzuhalten. Ganz besonders wurde den Kollegen Tarifbruch vorgeworfen. Doch dem sei der Kollege Wollmann entschieden entgegengetreten, indem er die Arbeitgeber auf die Sprüche der Gauschiedsämter und des Oberschiedsamtes hinwies. Dort könne man sehen, wer am meisten vertragstreue sei. Außerdem sollen keine Verhandlungen über Vertragstreue stattfinden, sondern über einen Teuerungsausgleich. Die Unternehmer gaben jedoch kein Entgegenkommen. Sie legten eine Resolution vor, in welcher zum Ausdruck kam, daß Tarif und Lohnabkommen noch bis zum 1. Oktober in Kraft und deshalb eine Lohnforderung tarifwidrig sei. Die Resolution wurde mit Entrüstung zurückgewiesen, mit dem Bemerkung, daß wir keine Lohnforderung gestellt hätten, sondern einen Teuerungsausgleich verlangten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Verantwortung den Unternehmern zufalle. Im Laufe der weiteren Verhandlung wurden dann 5 Proz. für Akkord- und 10 Proz. für Zeitlohnarbeiter als vorläufige Zulage vereinbart. Kollege Zahn ermahnte, erst nach reiflicher Überlegung über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Die Kollegen sollen bedenken, daß dies nur etwas vorläufiges sei.

In der Diskussion kam die Unzufriedenheit über das Angebot der Unternehmer zum Ausdruck. Es wurde allseitig anerkannt, daß die Arbeitnehmervertreter alles versucht haben, um den Kollegen etwas Besseres zu bieten. Als größtes Uebel wurde von verschiedenen Kollegen die Arbeitsgemeinschaft gerügt. Dieselbe würde von den Arbeitgebern mißbraucht. Sie erzählten dort vom wirtschaftlichen Aufbau, von der Konkurrenzmöglichkeit usw. und das soll alles auf Kosten der Kollegen geschehen.

Die Kollegen waren sich bewußt, daß der neue Tarif nicht ohne Kampf abgeschlossen werden kann. Sie erklärten sich unter Protest bereit, das Angebot der Unternehmer anzunehmen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Gaufonferenz für Rheinland, Westfalen usw. nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem almosenhafte Anerbieten des Arbeitgeberverbandes der feinkeramischen Industrie. Die Mitglieder der Konferenz brachten als Stimmung der Arbeiter zum Ausdruck, daß das Anerbieten eine Verhöhnung der Arbeiter sei, und verbieten sich für die Zukunft ganz energisch eine Wiederholung eines solchen Falles. Weiter macht die Konferenz darauf aufmerksam, dieses Angebot nicht als Nichtsahnur bei den kommenden Verhandlungen im September gelten zu lassen. Die Stimmung unserer Kollegen im Westen ist bis zur Siedehitze gestiegen und ihre Geduld zu Ende. Wir machen den Hauptvorstand darauf aufmerksam, daß die Arbeiter, falls die Verhandlungen wieder so ungünstig für sie ausfallen, sich nicht mehr beruhigen lassen. Die Verantwortung für die Folgen, die daraus entstehen, müssen dann die Unternehmer tragen. Wir streiten den Unternehmervertretern während der letzten Verhandlungen in Berlin jedes soziale Verständnis ab und warnen hiermit nochmals vor Experimenten, die für beide Teile unheilvolle Folgen nach sich ziehen könnten.“

Sobann erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Zahn das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung. Er machte darauf aufmerksam, daß die Kollegen selbst den Reichstarif gewünscht hätten. Er persönlich sei gegen ein Bezirks-Lohnabkommen. Die Durchschlagkraft würde dadurch bedeutend geschwächt. Besonders im Rheinland würde man auf große Widerstände stoßen.

In der Diskussion wurde der Vor- und Wider lebhaft erörtert. Der Hauptvorstand war, daß die Kollegen die Preissteigerungen sofort verhandeln zu können. Es wurde deshalb beschlossen, den § 77 des alten Vertrages wieder zu übernehmen. Zur Frage Reichstarif oder Bezirks-Lohnabkommen wurde letzteres mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 3 referierte Kollege Zahn, daß die Kollegen hierbei ihre Wünsche zum Tarif vorbringen müßten, jedoch brauchten die Zahlstellen, welche ihre Forderungen dem Hauptvorstand eingereicht hätten, dies nicht zu tun.

Von allen Kollegen wurden die vielen Lohnklassen mißbilligt. Sie waren der Ansicht, daß eine, höchstens zwei genügen. Die Arbeitgeber, welche die niedrigen Löhne zahlen, verkaufen ihre Ware gerade so teuer wie die anderen. Das Mehr würde nur zum Kampf gegen die Arbeiter verwendet. Die Zahlstelle Köln forderte eine Ablösung

des Prämienystems für Zeitlohnarbeiter durch eine Akkordmehrfachleistung von 80 Proz. Ferner forderte die Zahlstelle einen Höchstaurlaub bis drei Wochen, und zwar so gestaffelt, daß ein Arbeiter bei zehnjähriger Berufstätigkeit die Höchstgrenze erreicht hat.

Sämtliche Vorschläge wurden dem Kollegen Zahn für die kommenden Verhandlungen übergeben.

Unter Punkt 4 schien der Gauleiter die Hauptrolle zu spielen. Es wurde allseitig bemängelt, daß gerade dann, wenn der Gauleiter benötigt würde, er nicht kommen könne. Bei der Generalversammlung soll angeregt werden, für besonders dringende Fälle einen Stellvertreter zu bestimmen, mit denselben Befugnissen versehen.

Auch eine Beitragserhöhung wurde eingehend besprochen. Allgemein waren die Kollegen der Ansicht, daß unsere Organisation mehr den Charakter einer Kampforganisation haben müsse. Es sei deshalb notwendig, die Beiträge bedeutend zu erhöhen.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Zahn, in welchem er ermahnte, immer für alle Fälle gerüstet zu sein, wurde die Konferenz geschlossen.

Aus der Betriebsrätepraxis.

§ 84, Ziffer 2 d. B. G. Kündigung ohne Angabe von Gründen unzulässig.

Der Schlichtungsausschuß Schleswig entschied am 18. Juni 1921, daß der Einspruch gegen eine Kündigung berechtigt ist, wenn dieselbe ohne Angabe von Gründen erfolgt und der Arbeitgeber auch in den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß besondere Gründe, die zur Entlassung geführt haben, nicht angeben kann.

Bermischtes.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter in privaten Betrieben. Nach dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 und einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 21. April 1920 war bis jetzt auf 25 bis 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer mindestens ein Schwerbeschädigter und auf 50 weitere Arbeitnehmer mindestens ein weiterer Schwerbeschädigter zu beschäftigen. Diese Maßnahme hat sich bekanntlich als notwendig erwiesen, um die zahlreichen schwerbeschädigten Kriegsteilnehmer wieder in geeigneten Arbeitsstellen unterzubringen. Der festgesetzte Prozentsatz hat jedoch nicht ausgereicht, um möglichst wieder alle Schwerbeschädigten ins Wirtschaftsleben zurückzuführen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat im Benehmen mit anderen Organisationen deshalb die entsprechenden Schritte unternommen, um eine Heraushebung des Prozentsatzes zu erreichen. Nunmehr ist unterm 21. Juli 1921 eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums erschienen, die diesem Wunsch, wenn auch nicht ganz, so doch zu einem großen Teile Rechnung trägt. Nach dieser Verordnung sind mit Wirkung vom 1. August 1921 von allen privaten Arbeitgebern auf 20 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes mindestens ein Schwerbeschädigter und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens ein weiterer Schwerbeschädigter zu beschäftigen. Ein Uberschuß von 20 Arbeitnehmern wird dabei vollen 50 gleichgerechnet. Es sind also z. B. künftig bei 70 Arbeitnehmern zwei Schwerbeschädigte und bei 120 Arbeitnehmern drei Schwerbeschädigte zu beschäftigen. Bei der Berechnung der Zahl der Arbeitnehmer und Kriegsbeschädigten werden mehrere Betriebe, Büros und Verwaltungen des selben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich im Bezirk der gleichen Hauptfürsorgestelle oder in den Bezirken unmittelbar auseinander grenzender Hauptfürsorgestellen befinden. Dem Wunsche des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, diese Verschärfung der Beschäftigungspflicht auch auf die amtlichen Stellen zu übertragen, ist bis jetzt noch nicht Rechnung getragen worden. Die Reichsregierung will erst Anstellungsgrundsätze für Inhaber von Beamtenstellen erlassen.

Gewährung der höheren Witwenrente bei Pflege und Erziehung von Kindern. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten teilt mit: Der § 37 des Reichsversorgungsgesetzes kennt im Gegensatz zu dem früheren Versorgungsrecht bei der Versorgung von Kriegswitwen einen Unterschied zwischen Erwerbsfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit. Während die erwerbsfähige Witwe als Witwenrente 30 Proz. der Vollrente erhält, die dem Verstorbenen zugestanden hätte, bekommt die erwerbsunfähige Witwe 50 Proz. dieser Vollrente. Der Absatz 2 des § 37 bestimmt, daß die höhere Witwenrente auch dann zu gewähren ist, wenn die Witwe wegen der Pflege und Erziehung von Kindern nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen. Diese Bestimmung legen die Ausführungsbestimmungen so aus, daß die höhere Witwenrente auch dann zu gewähren ist, wenn die Pflege und Erziehung auch nur eines Kindes Zeit und Arbeitskraft der Mutter derart in Anspruch nimmt, daß es ihr oder nur unter Aufwendung außergewöhnlicher Kraft oder unter Beziehung besonderer Hilfskräfte möglich wird, in annähernd gleichem Umfange dem Erwerbe nachzugehen, wie eine in entsprechender Lage befindliche kinderlose Frau. Da auch diese Auslegung noch rechtlich undeutlich ist, haben sich bei der Umsetzung

Entscheidung der Renten bei Witwen mit Kindern insofern Schwierigkeiten ergeben, als ihnen von den Versorgungsbehörden die höhere Rente dann versagt worden ist, wenn sie trotz Behaltens der Kinder im eigenen Haushalt einem Erwerb nachgegangen sind.

Die dadurch notwendig gewordenen Beschwerden sind nun endgültig durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers beseitigt, der in der Nr. 44 des „Reichsversorgungsblattes“ vom 18. Juni 1921 veröffentlicht ist, und nach dem nunmehr feststeht, daß alle Witwen mit Kindern (auch nur mit einem Kinde) die höhere Rente so lange zu erhalten haben, als die Kinder im schulpflichtigen Alter sich befinden und die Mutter einem Erwerb nachgeht. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

„Hat eine Witwe ein oder mehrere Kinder, behält sie diese im eigenen Haushalt und sorgt für sie, so wird man bis zur Beendigung der Schulpflicht der Kinder in der Regel annehmen können, daß die Witwe wegen der Pflege und der Erziehung ihrer Kinder nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen (§ 37, Absatz 2 des RVO.).

Geht eine Witwe neben der Pflege und Erziehung ihrer Kinder einem Erwerb nach, so wird ihr das fast immer nur „unter Auswendung außergewöhnlicher Tatkraft oder unter Beiziehung besonderer Hilfskräfte“ möglich sein. Als besondere Hilfskraft kann auch die Mutter oder eine ältere Tochter der Witwe in Betracht kommen, die die Pflege der Kinder übernimmt, während die Witwe ihrem Berufe nachgeht, und für die die Witwe, sei es auch nur durch Gewährung von Unterhalt, aufkommt. Daß die Witwe solchen Personen gegenüber unter Umständen unterhaltspflichtig ist, schließt die Gewährung der höheren Witwenrente nicht aus.“

Wo bisher bei der Umanerkennung in den vorstehend beschriebenen Fällen die höhere Rente nicht gewährt worden ist, ist am zweckmäßigsten bei dem Hauptversorgungsamt, das den Umanerkennungsbescheid erteilt hat, ein Antrag auf Erhöhung der Rente rückwirkend ab 1. April 1920 zu stellen.

Genossenschaftliche Sammlungen für Rußland und Georgien.

Auf dem Internationalen Genossenschaftskongress in Basel ist bekanntlich auf Antrag der deutschen Delegierten beschlossen worden, die internationale genossenschaftliche Solidarität zur Unterstützung des hungernden Rußlands und Georgiens anzurufen und die genossenschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern um Hilfe zu ersuchen. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt nunmehr in einer Bekanntmachung es für selbstverständlich, daß die deutschen Konsumgenossenschaften tun werden, was in ihren Kräften steht. Die zur Unterstützung Rußlands bestimmten Gelder bittet er zunächst unter Angabe der Bestimmung an die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg 5, Beim Strohhause 38, zu überweisen.

Steuerbefreiung für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden.

Der Reichsarbeitsminister hat angeregt, nach dem Muster einiger Länder zum Wohle der Kriegs- und Friedensblinden auf die Kreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie in ihre Hundesteuerordnungen eine Befreiungsvorschrift für Führerhunde von Kriegs- und Friedensblinden aufnehmen. In einer Reihe von Ländern, so in Mecklenburg-Schwerin und Hamburg, ist bereits eine derartige Steuerfreiheit für alle Hundehalter, welche körperlicher Gebrechen wegen oder aus ähnlichen Gründen Hunde zu ihrer Sicherheit nicht entbehren können, gesetzlich vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß die Gemeinden dieser Anregung, die auch einem von Blinden geäußerten Wunsche entspricht, nachkommen werden.

Versammlungsberichte.

Arnstadt. Für das Denkmal der Märzgefallenen ist ein Betrag von 8200 Mk. durch Sammlung aufgebracht worden. Außerdem soll aus den Lokalkassen im Kartellbezirk, wo es möglich ist, ein Betrag von 10–20 Mk. für die Oberschlesier an das Kartell abgeführt werden. 500 Mk. hat das Kartell für die Ruhlaer Hinterbliebenen beschlossen abzuführen. Dann wird beschlossen, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe als Teuerungszulage in der Höhe eines anderthalbfachen Wochenlohnes für männliche und weibliche Arbeiter zu fordern. Außerdem wurde eine Resolution zu den Lohnverhandlungen einstimmig angenommen. Der Betriebsobmann spricht nun über die Verhandlungen beim Gauschiedsamt. Die Firma hatte beantragt, die Verhandlung zu vertagen. Herr Direktor Runke gibt in seinem Schreiben an, erst am 2. August die Vorladung erhalten zu haben, trotzdem Herr Direktor Runke schon am 1. August den Betriebsobmann den Empfang der vom Gauschiedsamt Ende August eingeschriebenen Vorladung bestätigt hat. Der Betriebsobmann hat auch sofort gegen die Vertagung Protest erhoben und ist vom Gauschiedsamt auch am 7. August verhandelt worden. In sämtlichen vier Fällen wurde die Firma verurteilt, die sozialen Zulagen zu zahlen. Nachträglich hat nun eine erregte Verhandlung zwischen der Firma und dem Betriebsrat stattgefunden. Die Firma weigert sich, den Betriebsratsvorsitzenden als Teilnehmer an den Verhandlungen zu ernennen. Mit der Unternehmerorganisation

ist vereinbart, daß nach den §§ 35 und 36 des Betriebsrätegesetzes der Unternehmer den entgangenen Arbeitsverdienst, Fahrt- und Fahrkosten pro Tag 45 Mk., mit Uebernachtung 60 Mk., zu tragen hat. Die Firma glaubt vielleicht, da sie dem Unternehmerverbande den Rücken gelehrt hat, daß für sie Extrawürste gebraten werden. Eine Einigkeit kam nach längerer Verhandlung zustande, indem die Firma dem Betriebsratsvorsitzenden seine Unkosten bezahlte. Bei der Verhandlung sind von Seiten der Direktion Ueberrungen gefallen, welche wohl etwas beleuchtet werden müssen. „Wenn der Zeitpunkt kommt, dann springe ich Euch mit ausgespreizten Armen ins Gesicht.“ Man kann es ja dahin auslegen, „wenn einmal ein Putsch von rechts kommt“. Nun, vorläufig ist dafür gesorgt, daß wir republikanisch bleiben und nicht wieder wilhelminisch werden. Der Betriebsobmann hat in den Verhandlungen bewiesen, daß er ganz energisch zugreifen kann, wenn er will, und nur so ein Betriebsobmann ist hier am Platze. Leider wurde die Verhandlung nicht protokolliert, sonst wäre noch manches Interessante zu berichten. Dieser Fehler soll aber in den nächsten Verhandlungen abgeklärt werden, damit die Öffentlichkeit über das Verhalten des Herrn Direktor Runke, sowie des Betriebsleiters, Herrn Reibhardt, immer auf dem laufenden erhalten bleibt. Auch mit dem Portier der Firma werden wir uns einmal etwas näher beschäftigen. Dem Betriebsobmann wurde für sein Verhalten Anerkennung ausgesprochen. Ein Mitglied ermahnt denselben, weiter so fortzufahren und sich durch nichts von seinen Pflichten abbringen zu lassen. Ein geschlossenes Ganzes stehe hinter ihm. Einige kleinere Mängel, wie Blankenot und zu wenig Kapselbrot, wurden noch erörtert, welche aber sobald wie möglich abgeändert werden sollen. Die Versammlung war sehr gut besucht und zeigten alle Teilnehmer großes Interesse an der sehr interessanten Versammlung. Nach einem kräftigen Appell, weiter auf dieser Bahn fortzuschreiten, wird die Versammlung geschlossen.

Berlin-Charlottenburg. Die am 14. September stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde mit der Tagesordnung: Kassenbericht, Lohnbewegungen und Verschiedenes eröffnet. Den Kassenbericht für das 2. Quartal erstattet der Lokalbeamte, Kollege Schulze. Die Kasse weist einen Bestand von 18 400,— Mk., die Lokalkasse einen solchen von 6327,— Mk. auf. Mitglieder werden 899 gezählt. Kollege Schulze bezeichnet die Mitgliederverhältnisse als stabil. Die vereinzelt noch vorhandenen Unorganisierten müssen noch herangezogen werden. Aus dem Bericht über Lohnbewegungen, den ebenfalls Kollege Schulze gibt, ist hervorzuheben, daß die Schildermaler durch Schlichtungsausschussentscheid rückwirkend vom 1. August 7,80 (7,60) Mk. und vom 1. Oktober 8,— (7,80) Mk. Stundenlohn erreichten. Die von der Emailbranche geführten Verhandlungen zeitigten 35 Mk. für Verheiratete, 25 Mk. für Ledige und 15 Mk. wöchentliche Zulage für Jugendliche. Die Apothekenstandgefäßbranche, die 100 Proz. Zuschlag auf die Grundlöhne fordert, hat demnächst Verhandlungen. Der Tarif der Figurenbranche ist gekündigt und eine Lohnerhöhung von 50 Proz. gefordert. Vorsitzender Kollege Berndt weist auf die Ziele der Betriebsratschule hin, deren Besuch er der Kollegenschaft empfiehlt. Er appelliert weiter an die Kollegen, sich in den sozialistischen Parteien zu betätigen und die Presse zu unterstützen. Die Parteien sollen die Tore öffnen, die mit dem Schlüssel der Gewerkschaften nicht zu öffnen sind. Zur Verlesung gelangt eine Zuschrift der Berliner Gewerkschaftskommission, worin auf das arbeiterfeindliche Verhalten der „Morgenpost“ hingewiesen wird. — Der neugewählte Branchenleiter der Schildermaler, Kollege Grosch, und der neugewählte Revisor, Kollege Severin, werden bekräftigt. — Die Versammlung stimmt einem von Kollegen Storch begründeten Antrag, in der nächsten Versammlung einen Vortrag: „Was hat die Weimarer Verfassung den Arbeitern gebracht?“ halten zu lassen, zu. — Die bei allen Punkten einsetzende rege Diskussion trug wesentlich zu dem anregenden Verlauf der Versammlung bei. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen, zu denen die Branchen bereits Stellung genommen haben, wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, von Seiten unserer Vertreter alles einzusetzen, um zu einem für die Kollegenschaft ersprießlichen Resultat zu gelangen.

Margarethenhütte. Unsere am 15. September 1921 abgehaltene Betriebs- und Zahlstellenversammlung erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Verschiedene Kollegen stellten Anträge, die durch den Betriebsrat auf dem Verhandlungswege mit der Firma ihre Erledigung finden sollen. Kollege Krause gab den Ertrag der Sammlung für die Rußlandhilfe bekannt, welcher bis dato 2555,50 Mk. betrug. Einige Kollegen beschwerten sich über die Einstellungen Anzulernender in der Dreherei. Da diese Frage bis jetzt in jeder Versammlung zur Sprache gebracht wurde und allgemeinen Unwillen erregte, wurde beantragt, die Debatte über diese Frage zu schließen. Kollege Gerber schilderte die Notlage des Kollegen Pannack, welcher bereits über ein halbes Jahr krank liegt und aus allen Kassen ausgesteuert ist. Auf Antrag des Kollegen Sauer wurden diesem nochmals 300 Mk. aus der Zahlstellenwohlfahrtskasse bewilligt. Da wiederholt Beschwerden im Betrieb wie auch in der Versammlung über die Mikrowirtschaft in der Kantine laut wurden, wird der Betriebsrat beauftragt, mehrmals zu kontrollieren und Kostproben vom Mittagessen zu nehmen. Kollege Schlenzig gab den Kassenbericht vom 2. Quartal. Kollege Förster gab bekannt, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Da der bisherige Vorsitzende eine Meisterstelle im Betrieb eingenommen hat, wurde Kollege Sauer für ersteren gewählt. Die Einführung von Versammlungskontrollkarten wird beschlossen. Der Kassierer ermahnte noch die Mitglieder, die Beitragszahlungen für den Verband pünktlicher einzuhalten.

Literarisches.

Abam Stegerwalbs Lobjände. Von E. Heilmann. Preis 3,— Mark. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.
„Vorwärts-Almanach“ 1922. Preis 4,— Mk. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68.
Liebkecht, Luxemburg, Joghische. Von Karl Rantzy. Preis 2,— Mk. Verlag „Freiheit“, Berlin C. 2.
Die Erwerbslosenfürsorge. Von Rud. Wed. Preis 8,— Mk. Verlag „Freiheit“, Berlin C. 2.

Jesus Christus, der Meister der Religion des Sozialismus.
 Von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur,
 Kottbus. Preis broschiert 6.— M., gebunden 8,50 M.
 100 Milliarden neue Steuern. Von Ernst Heilmann. Preis
 2,50 M. Verlag „Vorwärts“, Berlin S.W. 68.
 Es klingelt im Sturm ein altes Lied. Von Jul. Brubns. Preis
 14.— M. Verlag „Vorwärts“, Berlin S.W. 68, Lindenstr. 3.
 Das einheitliche Arbeitsrecht. Von Fritz Schröder. Verlag
 Zentralverband der Angestellten, Berlin S.O. 26.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht
Althausleben. Montag, 10. Oktober, abends 7 Uhr, bei Peters.
Berlin-Charlottenburg. Galanteriemaler! Dienstag, 11. Ok-
 tober, nachmittags 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.
Blauenhain. Sonnabend, 8. Oktober, abends 9 Uhr, bei Klein.
Reuhaldenleben. Sonnabend, den 8. Oktober, bei Herzog.
Spanbau. Montag, 10. Oktober, nachm. 4 Uhr, bei Windt,
 Nischelsdorferstr. 5.
 Suhl. Jeden ersten Montag im Monat in der Badeanstalt.
 Tiefenfurt. Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in
 der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Mainau. Kassierer: Wilh. Helig, Dreher, Porzellanfabrik.
Margarethenhütte. Vorsitzender: Rich. Sauer, Dreher, Crosta
 bei Baugen, Nr. 13 d.

Berlin-Charlottenburg.

Wegen Fertigstellung des Kassenabschlusses ersuche ich die Mit-
 glieder, die mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, diese
 umgehend zu begleichen.
 Ab. Schulze, Geschäftsführer.

Rüps.

Erwerbslosigkeit ist sofort beim Kassierer zu melden, bei Krank-
 heitsmeldung ist der Krankenschein vorzulegen. Ferner mache ich auf-
 merksam, daß die Beiträge strikte nach dem im § 5 festgesetzten Be-
 stimmungen zu entrichten sind.
 Peter Kleinlein, Kassierer.

Plaue in Thüringen.

Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit wie bei Krank-
 heit zahle ich nur Sonnabends von 1—3 Uhr in meiner Woh-
 nung aus. Ferner mache ich auf § 14, Ziffer 6 des Statutes auf-
 merksam.
 Rob. Wämpel, Kassierer.

Anruf.

Unser Kollege Georg Lottes, Maler, ist seit einem Jahre krank
 und zurzeit in einer Heilstätte. Er ist in allen Kassen ausgekostert und
 leidet mit seiner Familie Not. Die Hilfe unserer Zahlstelle allein
 reicht nicht aus; deswegen bitten wir die übrigen Zahlstellen unseres
 Verbandes, sich an der Unterstützung des Kollegen L. zu beteiligen.
 Gelder bitten wir an unseren Kassierer, Christian Lang, Dreher, Ober-
 röslau Nr. 134, bei Röslau, Oberfranken, zu senden.
 Für die Zahlstelle Röslau: Ulrich Zaucher, Vors.

Quittung.

Für das Mitglied Ewerhardy gingen folgende Beträge ein:
 Zahlstelle Bonn 100.—; Elberfeld 20.—; M.-Glabbach 38,30; Schlier-
 bach 50.— M. Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.
 Zahlstelle Staffel a. d. Lahn. Joh. Eichmann, Kassierer.

Berichtigung.

In der Quittung in Nr. 38 der „Ameise“ (Sammlung für den
 Kollegen Aug. Freund) muß es heißen: Kobach (nicht Kozlach) 20.—
 Markt, ferner Schauberg (nicht Schomberg) 15.— M.
 Zahlstelle Tiefenfurt. M. Bufe, Kassierer.

Dresden und Umgegend ♦ ♦ Mitgliedschaft Dresden

Voranzettel **Voranzettel**
 Sonnabend, den 15. Oktober 1921, veranstaltet die Mitgliedschaft
 in sämtlichen Räumen des „Deutschen Kaiser“ ein

Herbst-Vergnügen.

Ein reiches Programm, dessen Ausführung anschließend in Gärten
 von Kollegen unserer Mitgliedschaft liegt, garantiert für alt und jung
 ein paar frohliche Stunden.
 Der Festausschuß.

Sterbetafel.

Colbitz. Max Seibel, Dreher, geboren am 24. Oktober
 1878, gestorben am 10. September 1921 an Krebsleiden. Mitglied seit
 1905.

Die Leiche wird am 12. September 1921

Arbeitsmarkt.

Offerte von kein frankiertes Kuvert beiliegend, werden
 nicht weiter befördert.

Gewandter Porzellanmaler, welcher längere Zeit als solcher
 tätig gewesen ist, sucht Offerten mit Angabe, wo überall tätig ge-
 wehen, an die Redaktion der „Ameise“ unter D. H. 2.

Erstklassige Figuristen suchen sofort
 Dervenich & Sari, Cassel, Werkstätten plast. Bildwerke.

Wir suchen zu möglichst sofortigem Eintritt tüchtigen Formgießer
 für Keilstückformen über eingerichtete Modelle. Lediger wegen Bm-mangel
 mangel bevorzugt.
 Großherzogliche Majolika-Manufaktur
 Kunstkeramische Werkstätten G. m. b. H.

Jüngerer Schmelzer für Fürbringer-Muffel, in bauerne
 Stellung gesucht. Derselbe muß im Schmelzen von Hotelporzellan
 gute Erfahrung besitzen. Angebote unter „N. 2“ an die Redaktion der
 „Ameise“.

Tüchtige Freihandmaler für Unterglasur, Hartsteinmal,
 werden noch eingestellt. Genaue Adressenangaben mit Alter und Probe-
 arbeit erwünscht. Angebote an die Redakt. der „Ameise“ unter „D. 4“

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen jüngeren verfein-
 Formgießer. Angebote mit Lohnansprüchen, Zeugnisabschrit-
 ten und Angabe des frühesten Eintrittstermines erbeten an die
 Schramberger Majolikafabrik, G. m. b. H., Schramberg i. Bärthel.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle,
 wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.
 Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.
 Poliergoldflaschen 10 „ 25—50 „
 je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu
 A. Langhammer, Wilkau D. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen.
 Besteht Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel
 kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
 Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Selbständiger Porzellanmaler sucht Glanz- und Poliergold, so-
 wie eine Kändlerseibe zu kaufen.
 Offerten unter „D. 2“ an die Redaktion der „Ameise“.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen —
 Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
 M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
 Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf.

Elefantenhorn Vorrat erschöpft; neue Sendung wird erwartet.
 Offerierte hierdurch für Dreher große naturelle prima Zymocass-
 schwämme, das Stück zu 17, 25, 32, 35, 40, 50 M.; Levantiner Glasur-
 schwämme das Stück 11 und 20 M.; feine, weiche prima Reif-
 schwämme, Form, das Kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 M.
 für Brennerie und Druderei mittlere, gepreßte flache Harthead-
 schwämme, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 225 M.; große, gepreßte
 prima Hartheadschwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 400 M.
 Echt griechische Pferdebeschwämme, kleine, das Stück 5 M.; größere 15
 bis 25 M.; für Steinzeug- und Tonwarensbariken. Versand nur in
 geschlossenen kleineren und größeren Posten.
 S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 12.

Gegr. 1896.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
	Besta Bedien.		
Seifert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 32.			

Staunend billig

laufen Sie Ihre Segeltuch-Spangenschuhe, Turnschuhe u. Pantoffeln in
 allen Größen b. Konrad Bügler, Schuhversand, Birndorf b. Fürth. Bsp.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Röpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch be-
 deutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold
 kauft die Scheideanstalt von

Kar Haupt, Dresden-A., Börsich-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
 Emil Theimer, Langenwieschen b. Hain.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Köpenickerstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Köpenickerstr. 4
 Druck von G. Janitzki, Berlin S.O., Köpenickerstr. 4